

Netanjahu eskaliert Nahost-Konflikt

Protestwelle der PalästinenserInnen

Die israelische Armee verstärkt ihre Angriffe auf die Palästinensergebiete und setzt Bodentruppen ein. Allein am 8. und 9. Juli wurden 750 Ziele angegriffen. Dabei wurden in Gaza 75 Menschen getötet worden. Mehr als 400 Menschen, davon zwei Drittel ZivilistInnen, sind nach offiziellen Angaben verletzt worden. Bei den – deutlich weniger – Raketenangriffen durch die Hamas und andere palästinensische Gruppen auf Ziele in Israel gab es bis dahin keine Todesopfer oder Verletzte.

Auslöser für diese Eskalation waren die Entführung und Ermordung von drei jüdischen Jugendlichen, deren Leichen am 30. Juni gefunden worden waren. Netanjahu und andere Regierungsvertreter nutzten dieses Ereignis, um nationalistische Stimmungen anzustacheln. Wie schon so oft, wollen sie durch das Anheizen des nationalen Konflikts zwischen jüdischen Israelis und PalästinenserInnen vom Versagen ihrer eigenen Politik und den katastrophalen sozialen Folgen ablenken.

Sie tragen damit auch die politische Verantwortung für den furchterlichen Rachemord an dem aus Ost-Jerusalem stammenden palästinensischen Jugendlichen Mohammad Abu-Khdeir, auch wenn sie Krokodilstränen vergießen und behaupten, sich um Aufklärung und Bestrafung der Täter zu bemühen. Tatsächlich sind die Ereignisse der letzten Wochen Ergebnis der Besatzungs- und Unterdrückungspolitik der herrschenden Klasse Israels gegenüber der palästinensischen Bevölkerung, des aggressiven Siedlungsbaus in den Palästinensergebieten und der nationalistischen Propaganda von Netanjahu und Co.

Rassistische Angriffe auf PalästinenserInnen in Jerusalem nach der Ermordung der jüdischen Jugendlichen führten jedoch zu einer Welle der Empörung

und zu den größten Protesten von PalästinenserInnen in Israel seit Jahren. In diesen entlädt sich die Wut und Frustration über die permanente Diskriminierung und die Zerstörung von Zukunftsperspektiven für die palästinensische Jugend. Es kam auch zu gemeinsamen Protesten von jüdischen Israelis und AraberInnen in Jerusalem, Tel Aviv und Haifa gegen Angriffe rechtsradikaler jüdischer Kräfte und gegen die nationalistische Hetze der Regierung.

Die Regierung Netanjahu nutzte den Mord an den jüdischen Jugendlichen aus, um gegen die neu gebildete Einheitsregierung der PalästinenserInnen aus Fatah und Hamas vorgehen zu können, obwohl nicht erwiesen ist, wer die Morde begangen hat und die Hamas jede Verantwortung bestreitet. Die israelische Armee nimmt wieder einmal Kollektivbestrafungen in den Palästinensergebieten vor. Dabei werden nicht nur Familienangehörige von angeblichen palästinensischen Terroristen getötet, sondern die ganze palästinensische Bevölkerung in Sippenhaft genommen.

Dass solche Militäraktionen die Hamas nicht schwächen, sondern eher stärken und unter den gegenwärtigen Bedingungen auch islamistische Gruppen vom Typ Al-Kaida profitieren werden, ist offensichtlich. Die herrschende Klasse Israels, die in den letzten Jahren immer wieder mit wachsenden sozialen Protesten im eigenen Land konfrontiert war, braucht solche Eskalationen, um von den sozialen und Klassenkonflikten abzulenken und die eigene Bevölkerung durch das entstehende Bedrohungsgefühl auf nationalistischer Basis hinter sich zu sammeln. Das gelingt jedoch nur bedingt. Viele Israelis verabscheuen die Barabarei der extremen Rechten und haben genug von einer Regierungspolitik, die den nationalen Konflikt immer wieder eskaliert, während die sozialen Probleme nicht gelöst werden. Meinungs-



fragen zeigen weiterhin, dass eine Mehrheit der israelischen Bevölkerung die Auflösung der Siedlungen und ein Ende der Besatzung unterstützt.

Diese Teile der israelischen Arbeiterklasse zu erreichen müsste auch Ziel des palästinensischen Widerstands sein. Natürlich hat die palästinensische Bevölkerung jedes Recht sich gegen die Militärangriffe der israelischen Armee zur Wehr zu setzen. Raketenangriffe auf Tel Aviv oder Jerusalem werden aber nur den Effekt haben, mehr Israelis in die Arme der Netanyahu-Regierung oder anderer nationalistischer Kräfte zu treiben.

Das Ausmaß der palästinensischen Proteste in Israel wirft auch ein Licht auf das Potenzial für den Kampf gegen diese Regierung der Großkonzerne und Siedler, gegen die Angriffe auf die PalästinenserInnen und die Besatzung, aber auch für einen gemeinsamen Kampf für soziale Rechte, günstigen Wohnraum, Arbeit und gute Löhne für alle in Israel lebenden ArbeiterInnen gleich welcher Religion und Nationalität.

Eine demokratisch organisierte Protestbewegung von Jüdinnen, Juden und AraberInnen könnte die Netanyahu-Regierung wirklich herausfordern. Gemeinsame Aktionskomitees könnten helfen, Forderungen auszuarbeiten, die sowohl eine Lösung des nationalen Konflikts als auch der sozialen Probleme zum Ziel haben müssten. Sie könnten auch versuchen zu verhindern, dass Proteste in nationalistische Krawalle abgleiten.

Tnu`at Maavak Sozialisti / Harakat Nidal Eshtaraki (Bewegung „Sozialistischer Kampf“), die Schwesterorganisation der SAV in Israel und Palästina, tritt für die Bildung einer kämpferischen Arbeiterpartei ein, die die Interessen aller ArbeiterInnen und sozial benachteiligten, JüdInnen und AraberInnen, vertritt und für eine sozialistische Veränderung der Gesell-

schaft kämpft. Tnu`at Maavak Sozialisti / Harakat Nidal Eshtaraki setzt sich unter anderem für folgende Forderungen ein:

- Stärkung der Proteste gegen die extreme Rechte und die Regierung des Kapitals und des Siedlungsbaus
- Für gemeinsame Demonstrationen von Jüdinnen und Juden und AraberInnen – gegen nationalistische Übergriffe
- Schluss mit Polizeibrutalität. Für die Entlassung rassistischer Polizeibeamter
- Abzug der israelischen Armee aus den Palästinensergebieten! Schluss mit der Besatzung und dem Siedlungsbau! Schluss mit der Abriegelung des Gaza-Streifens!
- Freilassung aller palästinensischer politischer Gefangenen! Für faire und öffentliche Gerichtsverfahren für wegen Gräueltaten angeklagte Israelis und PalästinenserInnen unter Aufsicht von VertreterInnen der arbeitenden Bevölkerung, beider Gemeinden und der Familien der Opfer
- Für einen unabhängigen, demokratischen und sozialistischen palästinensischen Staat neben einem demokratischen und sozialistischen Staat Israel. Für Jerusalem als Hauptstadt beider Länder und gleiche Rechte für alle Minderheiten. Für den Kampf für einen sozialistischen Nahen Osten und Frieden in der Region

Dieses Flugblatt basiert auf Texten der Tnu`at Maavak Sozialisti / Harakat Nidal Eshtaraki (Bewegung „Sozialistischer Kampf“) aus Israel und Palästina, die am 8. Juli 2014 auf www.socialistworld.net veröffentlicht wurden.

sozialismus.info Online

Webseite der SAV – Sozialistische Alternative

- Täglich neue Analysen und Berichte
- Hintergrundinformationen
- Internationales
- Kontakt – Jetzt aktiv werden!

..... www.sozialismus.info

